

Demokratie, Sicherheit, Frieden
(vormals »Militär, Rüstung, Sicherheit«)

herausgegeben von Dieter S. Lutz

DSF Band 78

Eine Veröffentlichung aus dem Institut für
Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Christopher Daase/Susanne Feske/
Bernhard Moltmann/Claudia Schmid (Hrsg.)

Regionalisierung der Sicherheitspolitik

Tendenzen in den internationalen Beziehungen
nach dem Ost-West-Konflikt



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Universitäts-
Bibliothek
München

75476424

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt / Christopher Daase ... (Hrsg.). – 1. Aufl. – Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1993

(Demokratie, Sicherheit, Frieden: Bd. 78)

ISBN 3-7890-3021-X

NE: Daase, Christopher [Hrsg.]: GT

1. Auflage 1993

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1993. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

LC 93/21 725

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
---------	---

I

Sicherheitspolitische Forschung in den 90er Jahren

Helga Haftendorn

Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit	13
---	----

Christopher Daase

Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicher- heitspolitischen Forschung	39
--	----

II

Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Ansatz und Fallstudien

Christopher Daase

Regionalisierung der Sicherheitspolitik - Eine Einführung	67
--	----

Ingo Peters

Der KSZE-Prozeß als regionale Sicherheits- institution in Europa	89
---	----

Martin Köhler

Sicherheitszone Mittelmeer - Italiens mediterrane Sicherheitspolitik	109
---	-----

<i>Rainer Tetzlaff</i> Sicherheitspolitik in Afrika zwischen Bürgerkriegen, Staatszerfall und Demokratisierungsbemühungen	127
<i>Klaus Schlichte</i> Sicherheitspolitik in Westafrika unter neuen Vorzeichen - Bedingungen und Folgen des Krieges in Liberia	151
<i>Bernhard Moltmann</i> Regionalisierung als Ausweg aus der Krise? Tendenzen der sicherheitspolitischen Entwicklung in Argentinien und Brasilien	171
<i>Wolfgang S. Heinz</i> Drogenbekämpfung und nationale Sicherheit in Latein- amerika. Eine neue Rolle für die Streitkräfte in Bolivien, Kolumbien und Peru?	197
<i>Christoph Müller-Hofstede</i> Die VR China nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes: Modernisierungszwang versus Systemsicherheit	219
<i>Susanne Feske</i> ASEAN: Regionalisierung zwischen zentripetaler und zentrifugaler Dynamik	239
<i>Claudia Schmid</i> Der Palästinakonflikt: wechselnde Spannungsgrade - veränderte Konstellationen - neue Friedenschancen?	261
<i>Mir A. Ferdowsi</i> Zwischen regionaler Konfliktdynamik und globalen Interessen: Der Persische Golf als Krisenregion	287
<i>Claudia Schmid</i> Regionalisierung der Sicherheitspolitik - Eine Bilanz	307
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	329

Zwischen regionaler Konfliktdynamik und globalen Interessen: Der Persische Golf als Krisenregion

1. Einleitung

Die formelle Beendigung des Kalten Krieges durch die "Pariser Charta für ein neues Europa"¹ vom 21. November 1990 hat allenthalben die Hoffnungen auf eine "Regionalisierung" der Sicherheitspolitik, insbesondere in der Dritten Welt, aufkommen lassen. Dabei wurde vielfach vorgeschlagen, die europäischen Erfahrungen dorthin zu übertragen.² Regionale Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Modell der KSZE sollten einberufen werden, um nicht nur "die Gefahr ernsthafter Konflikte in anderen Teilen der Welt zu vermindern"³, sondern auch Mechanismen zu schaffen, die Sicherheit und Stabilität gewährleisten. Zweifellos hat der Ausbruch der Kuwait-Krise die Notwendigkeit solcher Überlegungen unterstrichen. So lag nahe, daß es nicht an ernstzunehmenden Stimmen fehlte, die - um eine Eskalation der Krise zu einem heißen Krieg zu verhindern - in der Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen und Mittleren Osten (KSZNO) die einzige Chance sahen, die Konflikte der Region einer Gesamtlösung zuzuführen.⁴ Es wird späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben, offenzulegen, ob die Internationalisierung der Kuwait-Krise dem Unvermögen regionaler Akteure zuzuschreiben ist, die Krise einer friedlichen Lösung zuzuführen, oder ob diese durch die frühzeitige Entscheidung der USA vom 7. August 1990, zur Verteidigung Saudi-Arabiens Truppen an den Golf zu entsen-

1 Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv, 1990, Heft 24, S. D656 ff.

2 Siehe hierzu Mir A. Ferdowsi, Von Europa lernen? Die KSZE als Modell regionaler Sicherheits- und Friedensordnungen in der Dritten Welt, in: Volker Matthies (Hrsg.), Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen, Bonn 1992, S. 57-72.

3 Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren. Die Stockholmer Initiative zu globaler Sicherheit und Weltordnung. Deutsche Fassung abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1991, Heft 6 und 7, S. 743-756 bzw. S. 883-893, S. 746.

4 Siehe u. a. Johan Galtung, So läßt sich im Nahen Osten die Katastrophe vermeiden, in: Die Weltwoche Nr. 2 vom 10. Januar 1991, S. 17. Siehe auch Willy Brandt, Eine Friedensordnung für den Nahen Osten, in: Europa-Archiv 1991, Heft 5, S. 137-142. Zu einer kritischen Hinterfragung dieses Konzepts siehe insbesondere Frank Schimmelfennig, Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 60, Hamburg 1991.

den, herbeigeführt wurde. Bereits heute steht dreierlei fest: Zum einen hat die Kuwait-Krise eine Reihe von Schwächen im arabischen Regionalsystem aufgedeckt, die für die Dysfunktionalität des Systems im allgemeinen ursächlich waren.⁵ Zum anderen deuten sowohl der Verlauf des Golfkrieges als auch die Nachkriegsentwicklung darauf hin, daß die Golf-Region nicht nur von jenen Tendenzen zur "Regionalisierung der Sicherheitspolitik" in der Dritten Welt⁶ weiter denn je entfernt, sondern mit dem direkten Eingreifen der USA weit hinter die Verhältnisse vor der Aufhebung der Bipolarität zurückgefallen ist, da die Akteure eine der wesentlichen Prämissen ihrer Außenpolitik seit Beginn der siebziger Jahre aufgegeben haben, nämlich die Region vom direkten Einfluß auswärtiger Mächte, insbesondere der Supermächte, fernzuhalten. Drittens schließlich haben die Ursachen des Golfkrieges die Plausibilität jener Sicht in Frage gestellt, die lange Zeit jeden Konflikt der Region als "Süddimension des Ost-West-Konfliktes"⁷ interpretiert hat. Denn bei näherer Betrachtung erweist sich, daß es weder für die meisten Konflikte und Krisen in der Dritten Welt noch für diejenigen der Golfregion überzeugende Indizien in dieser Richtung gab.⁸ Vielmehr waren für den Ausbruch von gewaltsamen Konflikten die internen und zwischenstaatlichen Konfliktformationen innerhalb der Region weitaus gewichtiger als, wie gemeinhin angenommen, die besonders starken Ölinteressen der USA bzw. des Westens.

Diese These wird in einem ersten Abschnitt entlang der Rivalität Irans und Iraks seit Beginn der siebziger Jahre sowie der Entwicklungen der achtziger Jahre näher untersucht (3.1.). In einem weiteren Argumentationsschritt (3.2.) wird am Beispiel der wichtigsten sicherheitspolitischen Entwicklungen seit dem zweiten Golfkrieg verdeutlicht, wie diese intra-regionalen Interessenkonflikte zu einer Entwicklung der Region weg von Regionalisierung und hin zur Anbindung an die USA geführt haben. Schließlich werden im abschließenden Teil (4.) einige jener sicherheitsgefährdenden Faktoren näher skizziert, die - bei Lichte besehen - nur im Rahmen regionaler Sicherheits- und Friedensordnungen abgebaut werden könnten, wofür aber bislang kaum Anzeichen vorhanden sind, und die daher nach wie vor eine Quelle der "Unsicherheit" bleiben werden. Der Dar-

5 Näheres hierzu bei Mohammed El Said, Die strukturellen Mängel im arabischen regionalen System, in: Ferhad Ibrahim/Mir A. Ferdowsi (Hrsg.), Die Kuwait-Krise und das regionale Umfeld. Hintergründe, Interessen, Ziele, Berlin 1992, S. 19-28.

6 Zu einem Überblick siehe hierzu Ernst-Otto Czempel, Weltpolitik im Umbruch, München 1991, S. 62-72.

7 Rudolf Hamann (Hrsg.), Die "Süddimension" des Ost-West-Konfliktes. Das Engagement der Supermächte in Krisen und Kriegen der Dritten Welt, Baden-Baden 1986.

8 Ausführliche hierzu siehe Mir A. Ferdowsi, Ende der Stellvertreterkriege? Die Erosion des Ost-West-Antagonismus und gewaltförmige Konflikte in der Dritten Welt, in: antimilitarismus Information, 1991, Heft 7, S. 46-53.

stellung vorangestellt ist allerdings ein kurzer Abriss jener Entwicklungen, die die Region zum Brennpunkt der Weltpolitik werden ließen.

2. Von der Peripherie ins Zentrum der Weltpolitik: Die Geburt der Golfregion als internationaler "Krisenherd"

Wenngleich der internationale Stellenwert dieser Region nicht allein auf die Öl-Dimension reduziert werden darf, da "sie schon seit vorgeschichtlicher Zeit eine geopolitisch überregionale Bedeutung hatte und als Zentrum für den Handelsverkehr aus Mesopotamien nach Indien bedeutsam war"⁹, spielte die Region aufgrund ihrer geostrategischen Bedeutung an der "Südflanke" der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle im Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten.¹⁰ Wenn es auch sicherlich übertrieben wäre zu behaupten, der Kalte Krieg hätte überhaupt im Mittleren Osten begonnen, so wird doch in weiten Teilen der Literatur die Iran-Krise 1946 als erste "zäsursetzende" Krise der Nachkriegszeit¹¹ angesehen, die das amerikanisch-sowjetische Verhältnis nicht unwesentlich beeinflußt habe. Allerdings differieren auch hier die Einschätzungen der realen Bedrohung, die von dem sowjetischen Verhalten ausging. Denn eine Reihe von Indizien weist darauf hin, daß die Eskalation der Krise nicht zuletzt das Ergebnis einer übertriebenen Bedrohungsvorstellung Irans war, der die USA als Schutzmacht gegen Moskau zu funktionalisieren versuchte.¹² Bei einer nüchternen Betrachtung der weltpolitischen Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg und der Zahl der Krisen, in denen die Golfregion im engeren Sinne, nämlich die acht Anrainer-Staaten Iran, Irak, Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman involviert waren, fällt auf, daß die Golfregion erst zu Beginn der siebziger Jahre ins Fahrwasser regionaler und internationaler Interessenkonflikte trat, nachdem eine Reihe von Entwicklungen dazu beigetragen hatten, daß die Probleme der Region eine in dieser Form zuvor nicht gegebene globale Reichweite erlangten und zunehmend die internen Konfliktformationen und deren Dynamik in den

9 Bassam Tibi, Die Golf-Region im globalen Kräftefeld, in: Fred Scholz (Hrsg.), Die Golfstaaten. Wirtschaftsmacht im Krisenherd, Braunschweig 1985, S. 17. Zur Vorgeschichte und früheren Bedeutung siehe Kamran Ekbal, Deutschland, England und die Entstehungsgeschichte des Kleinstaates Kuwait, in: Blätter des iz3w, 1991, Nr. 172, S. 37-41.

10 Helmut Hubel, Die USA im Nahost-Konflikt. Bonn 1983, (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 23), S. 16.

11 Siehe hierzu Ebersold Bernd, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992, S. 198.

12 Ebenda, dort Anm. 136.

Hintergrund drängten bzw. überlagerten - und so die Voraussetzungen für eine Verwundbarkeit der zugehörigen Länder geschaffen haben. Den Grundstein hierfür legte zweifellos die Räumung der britischen Militärstützpunkte "östlich von Suez" und die Entlassung der kleineren Emirate in die Unabhängigkeit, für die sich auch das Problem ihrer äußeren Sicherheit stellte. Denn war diese durch die britische Präsenz gewährleistet worden, so galt es nun, eine Konstellation zu finden, in der die Belange der regionalen Sicherheit mit dem Bedürfnis der Regionalstaaten nach völliger Unabhängigkeit in Übereinstimmung gebracht werden konnten. Hatten die Jahrzehnte britischer Dominanz eine weitgehende Trennung zwischen der zentralarabischen Welt auf der einen und der Golfregion auf der anderen Seite bewirkt, so haben der Tod Nassers im September 1970 sowie die schrittweise Verminderung des ägyptischen Profils in der arabischen Politik und nicht zuletzt die wachsende Finanzkraft der Ölproduzenten am Golf die Voraussetzung für den Eintritt der Golfstaaten in die innerarabische Politik geschaffen. Es blieb daher nicht aus, daß ihre wachsende Bedeutung sich zu einem eigenen sicherheitspolitischen Problem der Supermächte entwickelte. Die Stabilität der Regime, die Beziehungen der Regionalstaaten untereinander und zu den Supermächten erlangten hohe sicherheitspolitische Priorität.¹³

3. *"Der Golf den Golf-Anrainern": Verdrängungswettbewerb um die regionale Hegemonie*

3.1. *Die iranisch-irakische Rivalität*

Insbesondere für die westliche Sicherheitspolitik am Golf standen mit dem Abzug der Briten zwei Elemente im Vordergrund: Zum einen die Wahrung des Status quo durch die Stabilisierung der zumeist konservativen Regime und zum anderen die Verhinderung eines direkten oder indirekten Einflusses der Sowjetunion. Die neue Situation beschrieb Henry A. Kissinger in seinen Memoiren wie folgt:

"Wir wissen, daß ihre innenpolitische Basis instabil ist, wie haben aber noch keine wirksamen Mittel gefunden, sie zu stabilisieren. Die gegenwärtigen Herrscher zu unterstützen, verträgt sich zwar nicht mit unserem nationalen Interesse. Im Persischen Golf ist die Alternative zu den mit uns

13 Ausführlicher hierzu siehe Udo Steinbach, Der Mittlere Osten im Spannungsfeld der Supermächte, in: Politische Bildung, 1982, Heft 1, S. 67-80.

befreundeten autoritären Herrschaftssystemen fast unausweichlich ein uns feindlicher Totalitarismus".¹⁴

Für die USA boten sich drei Optionen an, wie aus dem Memorandum NSSN-66 über den Nahen Osten¹⁵, das am 21. Juli 1969, unmittelbar nach der Ankündigung des britischen Rückzugs aus der Region, dem US-Präsidenten Nixon vorgelegt wurde, hervorgeht:

1. Die USA würden wie bisher den prowestlichen Staaten am Golf Militärhilfe zukommen lassen, aber selbst keine direkte militärische Rolle in der Region übernehmen.
2. Die amerikanischen Streitkräfte würden anstelle der Briten im Golf stationiert werden und dort Polizeifunktion übernehmen.
3. Die USA würden einem oder mehreren Golfstaaten eine stärkere Rolle als "Polizist" übertragen und entsprechend militärisches Material zur Verfügung stellen.¹⁶

Ganz im Sinne der neuentwickelten sog. Nixon-Doktrin entschied sich die US-Regierung für die dritte Option und dafür, den Iran zum "Gendarm am Golf" aufzurüsten. Ursprünglich sollte gleichwertig neben Iran auch Saudi-Arabien eine entsprechende Rolle übernehmen. Aufgrund der geringen militärischen Stärke, aber auch wegen des grundsätzlich zurückhaltenden politischen Selbstverständnisses der Saudis wurde die "Zwei-Pfeiler-Strategie" zu einer unilateralen Iran-Politik der USA. Die Regierung Nixon setzte darauf, daß ein starker Iran radikale Staaten und Gruppierungen in der Region abschrecken würde.

Das durch den Abzug der britischen Truppen hinterlassene Machtvakuum sollte insbesondere im Blick auf den Irak ausgefüllt werden, der "durch die sowjetischen Waffenlieferungen in die Lage versetzt worden war, seine traditionellen Hegemonieansprüche wieder zur Geltung zu bringen. Unsere Freunde - Saudi-Arabien, Jordanien und die Emirate - waren eingekreist".¹⁷ Die "Bereitschaft" des Irans, diese Rolle zu übernehmen, wurde wohl nicht unwesentlich durch den Abschluß des irakisch-sowjetischen "Friedens- und Freundschaftsvertrages" vom April 1972 forciert. Auf ihn reagierten die USA spätestens nach dem Besuch Präsident Nixons in Teheran im Mai 1972 mit umfassenden Militärabkommen und Verträgen über Rüstungslieferungen. Der damalige Chef der US-Militärmission in

14 Henry A. Kissinger, Memoiren 1973-1979, Teil 2, München 1982, S. 957.

15 Ausführlicher hierzu siehe Christian Hacke, Amerikanische Nahost-Politik. Kontinuität und Wandel von Nixon bis Reagan, München 1985, S. 122ff.

16 Ted Szulo, *The Illusion of Peace*, New York 1978, S. 167f., zit. nach Hacke, a.a.O., (Anm. 15) S. 122.

17 Henry A. Kissinger, Memoiren 1968-1973, München 1979, S. 1340.

Teheran, Major-General Ellis Williamson, berichtete im September 1976 vor dem Ausschuß für auswärtige Beziehungen des US-Senats, dies habe bei ihm den Eindruck erweckt, der Iran sollte von den USA "alles erhalten, bis auf atomare Waffen".¹⁸

Seinen festen Willen, die eigene Vormachtstellung auszubauen, unterstrich der Iran dadurch, daß am selben Abend, an dem die britischen Truppen abzogen, die drei kleinen Inseln Abu Musa sowie Kleine und Große Tomb in der Meerenge von Hormuz, die aufgrund ihrer günstigen geostrategischen Lage für die Sicherung der Öltanker-Routen von unschätzbarem Wert sind, von iranischen Elitetruppen besetzt wurden. Doch diese "Pax Iranica" am Golf stieß auf erhebliche Skepsis. Besonders der Irak mißbilligte die Entscheidung um die "regionale Hegemonie" am Golf, die ausschließlich zugunsten Irans ausfiel, da sie jenen Grundmustern der Politik der Golfstaaten widersprach, die bei der Beendigung des britischen Verteidigungspaktes mit den Scheichtümern am Golf vorherrschten. Denn wenn auch der Verlust der Briten als Ordnungsfaktor im Golf zunächst vor allem von Iran und Saudi-Arabien bedauert wurde, waren sich doch alle Golfstaaten darin einig, daß die Region fortan dem Einfluß der Großmächte entzogen werden sollte. Sowohl der Irak wie auch die Golfstaaten begrüßten den Abzug der Briten und forderten eine Politik unter dem Motto "der Golf den Golfanrainern". Allerdings verschärfte gerade diese Interessenharmonie über die künftigen Linien einer Golfpolitik die Rivalität zwischen Iran und Irak. Jeder der beiden war bestrebt, die Rolle zu übernehmen, die Großbritannien seit mehr als 150 Jahren ausgeübt hatte. Dies galt insbesondere für die irakische Führung, die das Land aus der arabischen Peripherie herauszuführen und zur zentralen politischen Macht am Golf auszubauen beabsichtigte.

Bereits damals verurteilte der Irak wie kaum ein anderer arabischer Staat in massiver Form die Besetzung der Inseln durch den Iran. Diese Reaktion entsprang allerdings nicht nur der verschärften Rivalität mit dem Iran, sondern lag auch in der Sorge um die Gefährdung des nationalen Sicherheitsinteresses bei einer totalen Kontrolle des Golfs durch den Iran begründet. Der Irak verfügte als einziger OPEC-Staat in der Region nur über einen 50 Meilen langen Küstenstreifen als Zugang zum Meer und mußte daher über drei Viertel seiner Erdölexporte über das Gebiet Syriens und der Türkei leiten, so daß der kontinuierliche Fluß dieser Ex-

18 Zit. nach Wolfgang Ritter, *Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes*. Frankfurt/M. 1979, S. 187; siehe auch die Memoiren des ehemaligen Unterstaatssekretärs im US-Außenministerium George Ball, *The Past Has Another Pattern*, New York/London 1982, sowie Eckehart Ehrenberg, *Rüstung und Wirtschaft am Golf. Iran und seine Nachbarn (1965-1978)*. Mitteilungen des Deutschen Orient-Instituts. Nr. 11, Hamburg 1978. Siehe auch Kissinger, a.a.O., (Anm. 14), S. 952.

porte vollständig vom guten Willen dieser Staaten abhing. Zum anderen stand diese Reaktion in der Kontinuität der panarabischen Ideologie, die seit 1968 die Legitimationsgrundlage der Baath-Partei bildete. Konfliktverschärfend wirkte sich aus, daß der Iran die traditionellen Herrschaftsformen der Monarchie zu stabilisieren beabsichtigte, während das Baath-Regime einen arabischen Sozialismus proklamierte. Gerade aber in diesem Punkt unterschied sich der irakisch-iranische Gegensatz von den Beziehungen zwischen Iran und den arabischen Golfstaaten¹⁹, die bis zur Islamischen Revolution in wesentlichen Punkten von identischen Interessen geprägt waren:

- Erhaltung der Sicherheit und Stabilität des Status quo durch die Golf-Anrainer-Staaten;
- Bekämpfung von subversiven Strömungen. Dabei herrschte Übereinstimmung darüber, daß ein revolutionärer Umsturz in nur einem der Staaten Auswirkungen auf die gesamte Region haben würde;
- Sicherstellung der Schifffahrt im Golf;
- Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem den USA, die dem Iran und Saudi-Arabien eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung der westlichen Interessen zugeordnet hatten und schließlich
- die Furcht der traditionellen Monarchien am Golf ebenso wie des Irans vor einem Vordringen der Sowjetunion über den Irak, worin sie das größte Gefahrenpotential für den Status quo sahen.

Doch trotz dieser Übereinstimmungen in Sicherheitsfragen waren die iranisch-arabischen Beziehungen nicht frei von Spannungen. Denn wenn auch das iranische Sicherheitskonzept die arabischen Golfanrainerstaaten miteinbezog, so strebte der Iran mit der Begründung, daß der Golf als Verbindung zum Indischen Ozean die einzige Lebensader des Landes darstelle, für sich eine Führungsrolle an, die deutlich über den Status eines Gleichen unter Gleichen hinausging.²⁰

Weitere Stolpersteine für eine engere iranisch-arabische Kooperation, etwa im Rahmen eines von Iran angestrebten multilateralen Golf-Sicherheitspaktes, waren u.a. auch

- die militärische Dominanz des Iran, die von den Golfstaaten als Sicherheit und Bedrohung zugleich perzipiert wurde;
- Irans territoriale Ansprüche auf Bahrain;

19 Ausführlicher hierzu siehe Eitel-Siegfried Samland, Die regionale Konfiguration weltgesellschaftlicher Konfliktformationen - Am Beispiel des arabisch-persischen Golfes, Frankfurt/M. 1985, S. 269ff.

20 Halliday, Fred, Iran. Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Berlin 1979.

- der Gegensatz zwischen dem persischen und arabischen Nationalismus; insbesondere in dieser Zeit forcierte das Schah-Regime eine Ideologie, die sich auf eine arische Abstammung und daraus abgeleitet auf ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den Arabern stützte und für Dissonanzen innerhalb der Allianz sorgte;
- gegenseitige Ansprüche auf den Golf als "arabisches" bzw. "persisches" Gewässer;
- ferner die enge Zusammenarbeit des Irans mit Israel.

Wenn auch diese ambivalenten Beziehungen verhindert haben, daß während der siebziger Jahre ein auf multilateraler Zusammenarbeit beruhendes und umfassendes Sicherheitssystem aufgebaut werden konnte, so blieb die Region, nicht zuletzt durch die angemäßte und von den USA geförderte Großmachtrolle Irans, bis Ende der 70er Jahre relativ stabil und von direkten Einflußnahmen der Supermächte verschont.

3. 2. Rivalitäten und Hegemoniekonflikte der achtziger Jahre

Obleich spätestens seit 1979 dieses System "relativer Stabilität" infolge von vier regionalen und weltpolitischen Entwicklungen zusammenbrach, waren die Golfstaaten dennoch bestrebt, die Sicherheit in der Region selbst zu gewährleisten. Die Bemühungen um regionale Sicherheit lassen sich am Beispiel von vier Entwicklungen skizzieren:

a. Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag 1979 und die innerarabischen Antagonismen

Es sprechen eine Reihe von Indizien für die Annahme, daß Saddam Hussein die allgemeine arabische Empörung über "Sadats Verrat" für seine hegemonialen Ambitionen in der Region ausnützte, als er die beiden arabischen Gipfelkonferenzen von 1978 und 1979 nach Bagdad einberief, auf denen Ägypten wegen seiner Friedensverhandlungen zunächst verwarnt und dann aus der Arabischen Liga ausgeschlossen wurde. Die Ächtung Ägyptens führte zwar zur Annäherung zwischen den beiden Erzrivalen Irak und Syrien und am 16. Juni 1979 zur Proklamation einer "Vereinigten Arabischen Führung der beiden Regionen"²¹ mit dem ausdrücklichen Auftrag, "die Grundlage für die Einheit der zwei Regionen zu vollenden" und

21 Siehe hierzu Reinhard Bolz/Thomas Koszinowski, Die syrisch-irakischen Einigungsbestrebungen: Hintergründe, Grenzen und Auswirkungen, in: *Orient*, 1979, Nr. 3, S. 63-86.

"feste Grundlagen und die geeigneten Bedingungen für eine Union zwischen ihnen als Kern für die arabische Einheit zu bauen"²², doch als sich dem Irak mit der iranischen Revolution und der Vertreibung des Schahs eine vermeintliche Chance bot, seine regionale Vormachtstellung gegenüber dem Iran durchzusetzen, nahm der zum Staatspräsidenten gewählte Saddam Hussein einen angeblichen Putsch-Versuch zum Anlaß, diesen Syrien anzulasten und die Vereinigungspläne zu annullieren.

b. Die iranische Revolution 1979: Von der "Schutz-" zur "Umsturm-macht"

Mit dem Sturz des Schah-Regimes ist nicht nur das ohnehin ungefestigte Sicherheitsgefüge der Region, das auf der Ordnungsfunktion des Iran basierte, tiefgreifend erschüttert worden, sondern der Iran war nunmehr von einem Garanten der Stabilität zu einem regionalen Unruheherd geworden, dessen möglicher "Revolutionsexport" auch zu einer Destabilisierung in den anderen Golfstaaten beizutragen drohte. Darüber hinaus zeigte die iranische Revolution auch für die internationalen Konstellationen in der Region Folgewirkungen mit einem doppelten Effekt²³:

Zum einen war infolge der widersprüchlichen Politik der US-Administration²⁴, die nicht unwesentlich zum schnellen Zusammenbruch des Schah-Regimes beigetragen hatte, das Vertrauensverhältnis zwischen den USA und ihren nahöstlichen Freunden tief gestört. Zum anderen war durch den Sturz des Schahs ein regionales Vakuum entstanden.

Es verwundert daher nicht, wenn die irakische Regierung den "anti-imperialistischen Charakter der Islamischen Revolution" im Iran zunächst begrüßte und für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zur Unterbindung jeglichen ausländischen Einflusses in der Golfregion nach dem alten Motto "Der Golf den Golfanrainern" plädierte. Auf regionaler Ebene hat dies zweifellos zu einer neuen Bündiskonstellation geführt. Besonders die enge Kooperation zwischen den traditionellen Monarchien und dem Irak ist ein Produkt der veränderten Konstellationen.

22 Näheres hierzu siehe Fuad Matar/Saddam Hussein, *The Man, the Cause and the Future*, London 1981, S. 66 ff. Zit. nach Farouq Farhan, *Probleme des iranisch-irakischen Konfliktes von 1968-1984*, Frankfurt/M. 1989, S. 184.

23 Steinbach, a.a.O., (Anm. 13), S. 77.

24 Beispielhaft hierfür das Tagebuch von General Robert E. Huyser, *Putschen Sie, Herr General! Wie Washington den Iran retten wollte*, Reinbek 1986.

c. *Die sowjetische Afghanistan-Intervention 1979: Von der "Carter-" zur "Hussein-Doktrin".*

Hatten die skizzierten Entwicklungen eher regionale Machtverschiebungen zu Folge, so führte erst die sowjetische Invasion in Afghanistan dazu, daß die Regionalstaaten und der Westen nach einem Jahrzehnt der Suche nach einem Sicherheitssystem für den Golf seit Beginn der achtziger Jahre weiter von einem glaubhaften und stabilen Sicherheitssystem entfernt waren als zur Zeit des britischen Abzugs.

Präsident Jimmy Carter reagierte in seiner Botschaft an den Kongreß vom 23. Januar 1980 auf die sowjetische Intervention in Afghanistan zwar mit der sog. "Carter-Doktrin", die eine Neuorientierung der US-Politik einleitete, bei der man sich nicht mehr auf lokale Stellvertreter am Golf, sondern - etwa mit dem Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force) für den Mittleren Osten - mehr auf die eigene Kräfte verlassen wollte, mit der Begründung:²⁵

"Die Sowjetunion versucht, eine strategische Position zu konsolidieren, die eine schwere Bedrohung für die freie Bewegung des Mittelostöls darstellt. Diese Situation ... erfordert kollektive Anstrengungen, um dieser neuen Bedrohung der Sicherheit im Persischen Golf und in Südwestasien zu begegnen. ... Ein Versuch irgendeiner auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet werden. Und solch ein Angriff wird unter Einsatz aller notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht, zurückgewiesen werden".

Doch weder waren Saudi-Arabien noch andere Golf-Anrainerstaaten bereit, auf ihrem Territorium amerikanische Militärbasen zuzulassen, außer Oman und Bahrain, die in geringem Umfang Einrichtungen zur Verfügung stellten. Obwohl es den militärischen Sicherheitsexperten der USA vor allem darum ging, in Saudi-Arabien eine gewisse eigene militärische Präsenz herzustellen und besonders für den Fall einer akuten Krise Vorkehrungen für einen großangelegten militärischen Einsatz am Golf zu treffen, stießen sowohl der Außenminister Haig während seines Besuchs im April 1981 als auch der Verteidigungsminister Weinberger in seinen Gesprächen vom Februar 1982 bei ihren saudischen Gesprächspartnern, die nur im äußersten Notfall eine demonstrative Präsenz amerikanischer Truppen auf ihrem Territorium dulden wollten, auf ablehnende Reaktionen.

25 Die Botschaft des Präsidenten Jimmy Carter vom 23. Januar 1980 an den Kongreß über die Lage der Nation, in: Ernst-Otto Czempiel/Carl-Christoph Schweitzer, *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 276, Bonn 1989, S. 380.

Die Motive hierfür waren: Zum einen hätten eine formelle Bündnispolitik die Herrscher dieser Länder als Lakaien der USA erscheinen lassen und somit ihre arabisch-islamische Legitimität erheblich beeinträchtigt, ja angesichts der engen Bindung der USA an den Erzfeind Israel zum Teil in Frage gestellt. Zum anderen hegte man insbesondere in Saudi-Arabien und Kuwait vielfach die Befürchtung, durch eine allzu demonstrative Zusammenarbeit mit den USA den weltpolitischen Rivalen Sowjetunion noch stärker in die Region hineinzuziehen und den Persischen Golf vollends zum Schauplatz der Ost-West-Konfrontation zu machen. Statt dessen bemühten sich die Staaten vor allem um einen Ausbau ihrer eigenen Streitkräfte und insbesondere um eine Ausrüstung mit den hochwertigen Rüstungsgütern der westlichen Welt.²⁶

Wenige Tage nach der Carter-Doktrin verkündete der irakische Präsident Saddam Hussein am 8. Februar 1980 anlässlich des 18. Jahrestages der ersten Machtergreifung der Baath-Partei im Irak eine Acht-Punkte-Deklaration, in der er sowohl die Grundregeln für die Beziehungen der arabischen Staaten untereinander als auch für deren Beziehungen zur Außenwelt, bezogen auf die Region und den weiteren internationalen Rahmen, aufstellte.²⁷ Punkt zwei regelte die Mittel und Mechanismen der Konfliktbewältigung unter den arabischen Staaten und forderte ein "Verbot des Einsatzes der bewaffneten Streitkräfte irgendeines arabischen Staates gegen irgendeinen anderen arabischen Staat" und die "Regelung aller Streitfälle, die zwischen den arabischen Staaten entstehen können, mit friedlichen Mitteln und im Lichte der Grundsätze der gemeinsamen nationalen Aktion und des höheren arabischen Interesses".

Die in Artikel zwei angeführten Grundsätze sollten auch "auf die Beziehungen der arabischen Nation und ihrer Länder zu den dem arabischen Vaterland benachbarten Nationen und Staaten angewandt (werden). So dürfen die bewaffneten Streitkräfte in den Streitfällen mit diesen Staaten nicht eingesetzt werden, ausgenommen im Falle der Verteidigung der Souveränität und der Selbstverteidigung gegen Bedrohungen, die die Sicherheit und die vitalen Interessen der arabischen Länder berühren".

Die Reaktionen der arabischen Staaten fielen je nach ideologischer Ausrichtung verschieden aus. Sie reichten von einer völligen Zustimmung über eingeschränkte Befürwortung bis hin zur absoluten Ablehnung.

Der saudische König Khalid begrüßte fünf Tage nach Bekanntgabe der Deklaration die Prinzipien der Charta, da "sie im Einklang mit der Politik

26 Hubel, a.a.O., (Anm. 10), S. 32f.

27 Saddam Hussein, Deklaration des Staatspräsidenten Saddam Hussein zur Regelung der nationalen Beziehungen zwischen den arabischen Staaten, Bagdad, 8. Februar 1980 (Deutsche Übersetzung der irakischen Botschaft, Bonn 1980). Ausführlicher zu den Hintergründen siehe Farhan, a.a.O., (Anm. 22), S. 197.

der Stärkung der arabischen und islamischen Position und Konsolidierung der Sicherheit und Stabilität, ganz besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen" stünde²⁸ und rief darüber hinaus alle arabischen Staaten dazu auf, sich diese Deklaration zu eigen zu machen, weil sie "der arabischen und der islamischen Nation" diene²⁹. Die eher "progressiven" arabischen Staaten Libyen, Süd-Jemen und Algerien sowie Syrien lehnten die Charta teilweise oder gänzlich ab. Knapp drei Wochen nach der Verkündung erklärten sich die meisten arabischen Staaten, insbesondere die konservativen Monarchien und Scheichtümer sowie die PLO mit der Einberufung einer Konferenz zur Erörterung der Deklarationsprinzipien nach Bagdad einverstanden. Nur Syrien, Süd-Jemen, Libyen und Algerien blieben bei ihrer prinzipiellen Ablehnung. Insbesondere die Zustimmung der erstgenannten Gruppe läßt sich auf den Umstand zurückführen, daß der unerwartete Umsturz des Schah-Regimes den handfesten Beweis zu liefern schien, daß die Regimes ihre Sicherheit nur in ihrem eigenen Umfeld suchen konnten, keineswegs aber in gegebenen Garantien der einen oder anderen Großmacht.

Doch unmittelbar nach der Veröffentlichung der Deklaration forderte die irakische Regierung als ersten Schritt für eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik die Wiedergutmachung der "Fehlgriffe des Schahs" und die Anerkennung der Souveränität und der legitimen Rechte des Iraks im Gebiet des Schatt al-Arab. Als die iranische Regierung dieses Ansinnen ablehnte, annullierte Saddam Hussein am 17. September 1980 den Vertrag von Algier und suchte am 23. September mit einem Blitzkrieg, wie es in einem Kommuniqué der irakischen Regierung hieß, "Persien zu zwingen, die irakische Souveränität und den Willen der arabischen Nation zu respektieren".³⁰ Dabei empfahl er sich nicht nur als Stütze der konservativen arabischen Monarchien gegen den Export der islamischen Revolution und als Wahrer der arabischen Interessen, sondern auch dem Westen als Garant für die Sicherheit der Erdölrouten in einer Region, die durch die Ereignisse der iranischen Revolution zutiefst erschüttert worden war.

d. Der iranisch-irakische Krieg 1980 - 1988

Insbesondere der Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges zeigte, daß auch innerhalb der arabischen Staaten die politischen Gemeinsamkeiten dort ihre Grenzen hatten, wo Interessen unmittelbar gefährdet wurden.

28 Farhan, a.a.O., (Anm. 22), S. 188.

29 Ebenda.

30 Zit. nach Franz Freistetter, Der irakisch-iranische Krieg. Ein Überblick über die Anfangereignisse, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1980, Heft 6, S. 463.

Denn als es im Februar 1981 zur Gründung des "Kooperationsrates der arabischen Golfstaaten" kam, wurde der Irak von einer Partizipation ausgeschlossen. Ziel des Kooperationsrates sollte sein, dem Grundsatz, die Sicherheit des Golfs müsse von den Anliegern gewährleistet werden, verstärkte Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die Abschlusserklärung des Gründungsgipfels betont: "Sicherheit und Stabilität der (Golf)region lägen in der Verantwortung ihrer Völker, Ziel sei es, die Region aus internationalen Konflikten herauszuhalten; die Anwesenheit fremder Militärpräsenz werde abgelehnt".³¹ Daß die Existenz im Schatten zweier starker und ehrgeiziger Nachbarn, die beide - Iran wie der Irak - eine führende Rolle am Golf anstrebten und zugleich territoriale Ansprüche gegenüber einigen Emiraten geltend machten (Iran gegen Bahrain und Irak gegen Kuwait), schuf darüber hinaus eine gewisse Solidarität, die allerdings, wie der Ausbruch und Verlauf der Kuwait-Krise offenlegte, die Mitglieder vor Übergriffen hegemonialer Aspiranten nicht bewahrte.

Ob mangels Möglichkeiten der Einflußnahme oder im Zeichen selbstauferlegter "Neutralität" - oder vielleicht geleitet vom Wunsch, beide "Chaosmächte" möchten sich gegenseitig vernichten oder zumindest schwächen - feststeht, daß die Region selbst während des iranisch-irakischen Krieges von jeder direkten Einflußnahme der Supermächte verschont blieb. Obgleich es an Versuchen, insbesondere des Iraks, nicht gefehlt hat, die USA direkt in den Konflikt mithineinzuziehen. Etwa, als das Land am 27. Februar 1984 den sog. "Tanker-Krieg" um das iranische Erdölzentrum "Kharg" einleitete - mit dem "strategischen" Ziel, neben der Austrocknung der finanziellen Quellen des Iran den Konflikt zu "internationalisieren". Denn letzterer hatte bekanntlich stets angedroht, im Falle der Blockade seiner Erdölexporte die Straße von Hormuz zu schließen. Sollte Iran zu einer solchen Aktion provoziert werden, dann müßten die USA, so die irakische Spekulation, auf der Grundlage der "Carter-Doktrin", die auch von der Reagan-Administration bestätigt wurde, die darin eingegangene Verpflichtung erfüllen, die "Freizügigkeit der Schifffahrt" auf den Tankerrouten im und am Golf zu gewährleisten.

Der Tankerkrieg erreichte zwar eine neue Dimension, als der Iran 1986 dazu überging, die Handelsschiffe arabischer Golfstaaten unter Feuer zu nehmen, doch es ist mehr eine Ironie der Geschichte - oder eine bewußt gestellte Falle -, daß erst der (versehentliche) Abschuß der amerikanischen Fregatte "Stark" am 17. Mai 1987 durch den Irak die USA und einige westeuropäische Staaten zu stärkerem militärischen Engagement und

31 Zit. nach Ursula Braun, Der Kooperationsrat arabischer Staaten am Golf: Eine neue Kraft? Regionale Integration als Stabilitätsfaktor, Baden-Baden 1986, S. 33.

einer Entsendung von Kriegsschiffen in den Golf veranlaßte³², die allerdings nach der Annahme der Waffenstillstandsresolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 20. Juli 1987 durch den Iran am 20. Juli 1988 abgezogen wurden. Das Ende des iranisch-irakischen Krieges bedeutete zwar zunächst die Wiederherstellung des Status quo ante zwischen den beiden Konfliktparteien, doch insbesondere Irak suchte als vermeintlicher "Sieger" des Krieges, seine gestärkte Position gegenüber den arabischen Golfstaaten als "Hegemonialmacht" durchzusetzen. Er revitalisierte nicht nur den alten Konflikt um die zwei Inseln Wabra und Bujian und die Rumaila-Ölfelder mit Kuwait, sondern forderte Saudi-Arabien und Kuwait sogar dazu auf, die ihm während des achtjährigen Krieges gewährten Kredite zu erlassen - diese nicht erfüllten Forderungen waren bekanntlich auslösende Momente der Kuwait-Krise.

4. Von der "Kollektiven Sicherheit" zum Bilateralismus: Das Scheitern eines regionalen Sicherheitssystems

Es lag sicherlich nicht zuletzt in der Logik der Kuwait-Krise, bei der zum ersten Mal in der ohnehin von Kriegen und Konflikten übersäten Region der Bestand eines arabischen Staates infrage gestellt wurde, daß der Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems unmittelbar nach Beendigung des Krieges besondere Priorität eingeräumt wurde.

Ein erster ermutigender Ansatzpunkt für ein derartiges Sicherheitssystem war die Unterzeichnung der sog. "Erklärung von Damaskus" am 6. März 1991 durch die Außenminister der "zwei plus sechs"-Staaten - Syrien, Ägypten und die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrates (Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Katar, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate). Über die "Ziele der Koordination und Zusammenarbeit" wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, "daß die Anwesenheit der ägyptischen und syrischen Truppen auf dem Gebiet des Saudi-Arabischen Königreiches und anderer arabischer Staaten in der Region ... den Kern einer arabischen Friedenstruppe darstellt, die zur Garantie der Sicherheit und Unversehrtheit der arabischen Staaten in der Golfregion eingerichtet wird, und als ein Beispiel, mit dem die Wirksamkeit des umfassenden arabischen Verteidigungssystems garantiert wird".³³

32 Näheres zum Scheitern dieser Strategie siehe Mir A. Ferdowsi, Ursprünge und Verlauf des iranisch-irakischen Krieges. (Kurzstudie des Forschungsinstituts für Friedenspolitik Starnberg), 2. Auflage 1988, S. 41ff.

33 Die "Erklärung von Damaskus" vom 6. März 1991, abgedruckt in: Volker Perthes, Regionale Auswirkungen des zweiten Golfkrieges, in: Interdependenz, 1991, Heft 6, S. 61-63. (Zitat S. 62)

Doch trotz dieser hoffnungsvollen Erwartungen kündigte der ägyptische Präsident Mubarak knapp zwei Monate später am 8. Mai den Abzug der 38 000 Mann starken ägyptischen Truppen aus Saudi-Arabien und Kuwait an. Seit dieser Zeit ist es den Teilnehmerstaaten trotz intensiver diplomatischer Bemühungen nicht gelungen, sich über die Details dieser noch recht allgemeinen Absichtserklärung zu einigen. Das endgültige Scheitern scheint vorprogrammiert, da die Außenminister der "Damaskus-Erklärung" auf ihrer Sitzung Mitte November in Kairo eine Entscheidung hierüber auf ihr nächstes Treffen vertagten. Untersucht man jedoch näher die Gründe für dieses "Scheitern", so scheinen sie symptomatisch für das Sicherheitsstreben und -bedürfnis der Golfanrainerstaaten, insbesondere der Mitglieder des Golf-Kooperationsrates, zu sein, was sich auch in den skizzierten Entwicklungen während der 70er und 80er Jahre manifestiert hatte. Sie lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen³⁴ :

- Die Auffassung einiger Golfstaaten, daß eine arabische Sicherheitsordnung allein keinen ausreichenden Schutz zu gewähren imstande sei;
- die Abneigung konservativer Monarchien, sich mit syrischen oder ägyptischen Truppen nicht nur eine politisch, sondern auch militärisch zweifelhafte fremde Truppenpräsenz aufzuhalten. Hierfür spricht die Tatsache, daß Kuwait die Präsenz amerikanischer Truppen der Stationierung arabischer Streitkräfte vorzuziehen schien, während Saudi-Arabien seine Bemühungen mehr auf die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen als auf die Bildung einer arabischen Sicherheitstruppe konzentrierte;
- gegensätzliche Meinungen hinsichtlich der Integration Irans als nicht-arabischem Akteur am Golf;
- die Abneigung insbesondere Ägyptens gegen eine langfristige Stationierung amerikanischer Bodentruppen, da das Land nicht bereit zu sein schien, "als arabische Fassade für ein System zu dienen, dessen Kern nicht arabisch ist" so der Chefredakteur von "Al-Ahram", Ibrahim Nafie.³⁵

Diese kurz skizzierten Aspekte dürften verdeutlicht haben, daß sich entgegen aller Hoffnungen und internationaler Unterstützung das Konzept eines "regionalen Sicherheitssystems" ausschließlich aufgrund interner Antagonismen in absehbarer Zukunft wird schwerlich reaktivieren lassen, insbesondere nachdem die USA aus Sorge vor einem Sicherheitsvakuum den arabischen Golfländern den Abschluß bilateraler Sicherheitsabkommen

34 Ausführlicher hierzu u.a. Perthes, a.a.O., (Anm. 33), S. 26-31 sowie Frank Gesemann, Ägypten und der Golf. Ägyptens Rolle während der Golf-Krise und in der regionalen Nachkriegsordnung, in: Ibrahim/Ferdowsi, a.a.O., (Anm. 5), S. 92-111.

35 Zit. nach Frank Gesemann, Die zentrale Rolle Ägyptens bei der Neuordnung der Golfregion, in: Blätter des iz3w, 1991, Nr.175, S. 11.

offeriert haben, was von einigen angenommen wurde. So hat Kuwait im September 1991 ein auf zehn Jahre befristetes Sicherheitsabkommen mit den USA abgeschlossen, das dem Emirat im Fall einer militärischen Bedrohung oder gar Aggression Beistand verspricht. Darüber hinaus sieht das Abkommen gemeinsame Manöver der Streitkräfte beider Länder sowie die Einlagerung von amerikanischen Waffen und anderem militärischen Gerät vor. Da sich Kuwait aus Rücksichtnahme auf arabische Bedenken jedoch nicht bereit erklärt hat, den USA Stützpunkte im Lande zu gewähren, werden die amerikanischen Kampfflugzeuge wie bisher die Luftwaffenbasis "Scheich Isa" im Süden Bahraïns benutzen, mit dem ein Abkommen geschlossen wurde, das die seit Jahrzehnten praktizierte enge militärische Zusammenarbeit nunmehr auf eine vertragliche Grundlage stellt.

Diese Politik des "Bilateralismus" hat nicht nur die Idee einer regionalen Sicherheitsstruktur in eine Sackgasse geführt, vielmehr zeitigt sie bei genauerer Betrachtung zwei weitere, für eine "Regionalisierung der Sicherheitspolitik" in der Region kontraproduktive Entwicklungen:

Zum einen stellt sie den Bestand vorhandener regionaler Sicherheitsorganisationen wie etwa des Golf-Kooperationsrates in Frage. So wurde ein seit Dezember 1991 von Oman favorisierter Plan für eine integrierte Abschreckungsstreitmacht als "schnelle Eingreiftruppe" der sechs Länder des Golf-Kooperationsrates im Umfang von 100.000 Mann³⁶, die ein ausreichendes Instrument für eine kollektive Verteidigung am Golf bilden könnte, von den Staatshäuptern des Golf-Kooperationsrates Ende Dezember 1992 vorläufig auf Eis gelegt.

Zum anderen deutet vieles darauf hin, daß trotz aller Beteuerungen zur Einleitung umfassender regionaler Rüstungsbegrenzungen, wie etwa Präsident Bushs Plan von Juni 1991³⁷, die Golfstaaten und die USA die Stabilisierung der Region zunehmend mit dem Instrument militärischer Hilfe zu erreichen suchen. Bereits wenige Tage nach der Erklärung von Präsident Bush kündigten die USA an, zehn Kampfflugzeuge vom Typ F-15 an

36 Wolfgang Köhler, Sommerwolken am winterlichen Golf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 1992.

37 Der Plan von Präsident Bush sah die Unterbindung des Baus, der Erprobung und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, ein Exportverbot ballistischer Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern sowie Zurückhaltung beim Verkauf konventioneller Waffen vor. Darüber hinaus sollten sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die wichtigsten Lieferländer für den Nahen Osten auf einen "allgemeinen Code" zur Exportbeschränkung einigen und auf eine "Beschränkung destabilisierender Exporte konventioneller Waffen" hinwirken, da, so Präsident Bush damals, "nirgendwo die Eindämmung der Gefahr der Waffenproliferation" dringlicher sei als gerade im Nahen Osten. Zit. nach Klaus-Dieter Frankenberger, Gut gerüstet vor allem im Orient, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. August 1991.

Israel zu liefern und sich mit 72% am israelischen Raketenabwehrprogramm zu beteiligen. Im Gegenzug sollte Ägypten 46 F-16 Kampfflugzeuge erhalten. Die Koproduktion von jährlich etwa 500 Kampfpanzern M1-A1 in Ägypten soll 1992 beginnen.³⁸ Auch die Verteidigungsfähigkeit der kleinen Emirate soll mittels weiterer Rüstungslieferungen gestärkt werden. Vorgesehen ist, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate mit Waffen im Wert von zusammen 2,1 Mrd. Dollar zu beliefern, darunter Kampfhubschrauber des Typs "Apache", mehr als 330 M1-A1-Kampfpanzer und 160 gepanzerte "Bradley"-Fahrzeuge sowie Luftabwehrsysteme im Wert von rund 500 Mio. Mark.

Doch nicht nur die USA, sondern auch England und Frankreich haben in jüngster Zeit umfangreiche Waffenlieferungen für die Länder der Region angekündigt. So vereinbarte der britische Premierminister John Major am 28. Januar 1993 - während eines kurzen Zwischenstopps auf der Rückreise von seinem Indienbesuch - mit Saudi-Arabien einen Rüstungsgroßauftrag von über 12 Mrd. Mark, der u.a. die Lieferung von 48 Tornado-Kampfflugzeugen umfaßt. Dem Oman wurde für das Jahr 1995 die Lieferung von 18 Panzern des Typs Challenger-2 und vier zugehörigen Unterstützungs- und Bergungsfahrzeugen zugesichert.³⁹ Zwischen Frankreich und den Vereinigten Emiraten wurde erst im Februar 1993 die Lieferung von mehr als 400 französischen Kampfpanzern des Typs Leclerc im Gesamtwert von rund 6,3 Mrd. Mark vereinbart.

5. Zusammenfassung und Perspektiven

Diese kurze Skizze der Entwicklungen in der Golf-Region dürfte die zu Beginn formulierte These bestätigt haben, daß entgegen der landläufigen Meinung die Krisen in der Region seit Beginn der 70er Jahre größtenteils hausgemacht und in erster Linie Ausdruck regionaler Interessendivergenzen sowie Ergebnis von Verdrängungswettbewerben um regionale Vormachtstellungen waren. Erst der Ausbruch solcher Hegemoniekonflikte hat auch hier - nicht anders als in den anderen Regionalkonflikten in der Dritten Welt⁴⁰ - die auswärtigen Mächte, insbesondere die Super-

38 Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 1991. Der Jarvit-Bericht der US-Regierung über geplante Rüstungsexporte listete allein für 1991 Waffen im Wert von 18 Mrd. Dollar auf, die aus den USA in die Region geliefert werden sollten. Siehe "Frankfurter Rundschau", 9. März 1991.

39 Süddeutsche Zeitung, 30./31. Januar 1993.

40 Siehe hierzu Mir A. Ferdowsi, Regionalkonflikte in der Dritten Welt, in: Ders./Peter J. Opitz (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen. Die Rolle der Weltorganisation in den Dritt-Welt-Konflikten, Köln/München 1987, sowie Dieter Seng-

mächte USA und Sowjetunion, zum Handeln gezwungen oder aber auf Drängen der Beteiligten in den Konflikt involviert. Darüber hinaus dürfte deutlich geworden sein, daß sich die Hauptakteure stets bemüht haben, die Sicherheit der Region selbst zu gewährleisten bzw. die Supermächte aus der Region herauszuhalten. Es ist die Ironie der Geschichte, wenn hier - entgegen der Entwicklung in anderen Regionen der Dritten Welt - erst die Beendigung des Ost-West-Konfliktes jene Barrieren abgebaut hat, die die kleineren Golfstaaten lange Zeit eher von einer engeren Bindung an eine Supermacht zurückgehalten hatten.

Ob dieser neue "sicherheitspolitische Bilateralismus" allerdings das geeignete Instrument zur Stabilisierung des äußerst labilen Gleichgewichts innerhalb der Region sein kann, muß bezweifelt werden. Selbst wenn es gelingen sollte, den klassischen Nahost-Konflikt einer friedlichen Lösung zuzuführen, bleiben dennoch eine Reihe inter-regionaler Konfliktherde wie Minderheitenprobleme (Kurden, Schiiten), ungeklärte und bis heute nicht markierte Grenzziehungen sowie Ressourcen- und politisch-ideologische Machtkonflikte. Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Zukunftsperspektiven der Region spielen insbesondere zwei Konfliktpotentiale eine bedeutende Rolle:

a. Der inner-arabische Nord-Süd-Konflikt

Am vordringlichsten wäre wohl eine "friedensstiftende" Milderung der weltweit beispiellosen Kluft zwischen reichen und armen Staaten in der Region. Die Brisanz des regionalen Nord-Süd-Konfliktes kam im Gefolge des Golfkrieges deutlicher als je zuvor zum Vorschein, als Saddam Hussein mit seiner sicherlich eher rhetorischen Absichtserklärung die armen arabischen Massen für sich zu gewinnen suchte, indem er die Besetzung Kuwaits auch damit zu rechtfertigen versuchte, den "Reichtum" des arabischen Mutterlandes allen arabischen Brüdern zukommen lassen zu wollen.⁴¹ Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß auch in der arabischen Welt⁴², nicht anders als in anderen Teilen der Dritten Welt, die

haas (Hrsg.), *Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Fremdbestimmung*, Baden-Baden 1989.

41 Bereits wenige Tage vor der Invasion Kuwaits hatte der irakische Außenminister Tarik Aziz dem Präsidenten der Arabischen Liga die diesbezügliche Position Iraks wie folgt mitgeteilt: "Irak betrachtet die Araber, unabhängig von den bestehenden Staatsgrenzen als eine Nation; was dieser Nation gehört, sollte allen Arabern gehören und allen Arabern Vorteile bringen". Zit. nach Sefik A. Bahadir, Im Siegesrausch verdrängt, in: *Die Zeit*, 6. März 1992, S. 41.

42 Hierzu siehe Sefik A. Bahadir, Saddam Hussein und der Club der Reichen. Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Bahman Nirumand (Hrsg.), *Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost*, Reinbek 1990, S. 100-117.

ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Staaten eine der Hauptquellen politischer Instabilitäten darstellen. So konnte es nicht überraschen, daß im Zuge der Neuordnungsdebatte über die Nachkriegszeit die Errichtung einer mit Ölgeldern finanzierten internationalen Bank⁴³ und eine Art "Marshallplan" zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Region zur Sprache kamen.

Die Brisanz der Frage erkennend haben die Staaten des Golf-Kooperationsrates im März 1991 der Einrichtung eines regionalen Entwicklungsfonds grundsätzlich zugestimmt und sich bereit erklärt, 15 Mrd. US-Dollar zur Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in nicht erdölfördernden arabischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Dies geschah allerdings erst, nachdem man einer Ressourcenverteilung und Mitspracherechten der ärmeren arabischen Staaten über die Öleinnahmen im Rahmen der "Damaskus-Erklärung" eine klare Absage erteilt hatte. Dort wurde als Teil des Prinzipienkatalogs über "Koordination und Zusammenarbeit" ausdrücklich die "Respektierung des Prinzips der Souveränität jedes arabischen Staates über seine natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen" betont.⁴⁴ Es verwundert daher nicht, daß die konkreten Beschlüsse zur Umsetzung dieser Pläne äußerst enttäuschend ausfielen. Hatten die Finanzminister des Golf-Kooperationsrates im April 1991 in Riad beschlossen, nur 10 Mrd. US-Dollar während eines Zeitraums von zehn Jahren in diesen Fonds einzuzahlen, so haben die Staatshäupter des Golf-Kooperationsrates auf ihrem Gipfeltreffen im Dezember 1992 lediglich der Schaffung eines mit 6,5 Mrd. US-Dollar ausgestatteten Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft Ägyptens und Syriens zugestimmt, die offensichtlich für ihre Beteiligung an der Alliierten Streitmacht im Golfkrieg honoriert werden.⁴⁵ Dabei wäre zur Sicherung eines stabilen Friedens in der Region eine Ressourcenverteilung gerade jetzt dringlicher denn je. Denn die kriegsbedingte Rückkehr von Millionen von Gastarbeitern aus den erdölreichen Golfländern in ihre Heimatländer führte dazu, daß für die Wirtschaft dieser Länder wichtige Devisenüberweisungen ausblieben und darüber hinaus die neuen Arbeitslosen ein zusätzliches wirtschaftliches und politisches Problem darstellen. Davon betroffen sind neben Ägypten insbesondere der Jemen mit beinahe einer Million zurückkehrender Arbeitsmigranten aus Saudi-Arabien, sowie Jordanien und die von Israel besetzten Gebiete durch die Ausweisung von mehr als 300 000 Palästinensern aus Kuwait.

43 Vgl. Vorschläge von Außenminister Baker, in: Frankfurter Rundschau, 9. Februar 1991, S. 2.

44 Abgedruckt in Perthes, a.a.O., (Anm. 33), S. 62.

45 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.-27. Dezember 1992.

b. Verteilungskonflikte um die Erdölförderquoten

Auch ein weiterer Rechtfertigungsversuch Saddam Husseins, Kuwait habe durch die Nichteinhaltung der von der OPEC festgesetzten Quoten und zügellose Erdölförderung die irakische Wirtschaft "strangulieren" wollen, mag zwar ein Vorwand sein, doch die Verteilungskonflikte um die Erdöleinnahmen⁴⁶ der Golfstaaten werden auch in Zukunft eine Quelle der Unsicherheit bleiben. Denn unter den acht erdölproduzierenden Staaten der Region mit 65% der Welterdölreserven wird sich auch in naher Zukunft nichts an den bestehenden Unterschieden ändern, was Kapitalbedarf für die Modernisierung ihrer bevölkerungsreichen Volkswirtschaften angeht. Während Iran und Irak angesichts der Größe ihrer Länder und der Zahl ihrer Bevölkerung kaum großen Spielraum an Förderkapazitäten und Kapitalüberschüssen haben werden - nicht zuletzt, um die verheerenden Folgen des iranisch-irakischen Krieges für beide Staaten und des Golf-Krieges für den Irak zu beheben -, wird es wohl auch in naher Zukunft das Privileg Saudi-Arabiens, Kuwaits und anderer kleiner Erdölproduzenten des Golfs bleiben, aufgrund ihrer relativ geringen Bevölkerungszahlen und großer Förderkapazitäten fortgesetzt Kapitalüberschüsse zu akkumulieren.

Ob es dieser Staatengruppe jedoch langfristig gelingen wird, ihre äußere Sicherheit mittels dieser Überschüsse durch engere Anbindung an äußere Mächte bzw. verstärkte Aufrüstung zu gewährleisten und die innere Sicherheit und Stabilität durch Pazifizierung der Bevölkerung mit der Ölrente zu erkaufen⁴⁷, ist mehr als zweifelhaft. Denn auch die Staaten der Region werden mittel- bis langfristig wohl nicht von jener Welle der Demokratisierung verschont bleiben, die sich inzwischen als Folge der Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa zu einem weltumspannenden Prozeß zu entwickeln begonnen hat.⁴⁸

46 Ausführlicher hierzu siehe Sefik A. Bahadir, Erdölkonflikte am Persischen Golf, in: Blätter des iz3w, 1991, Nr. 172, S. 22-25.

47 Zu einem umfassenden Überblick über die Diskussion des "Rentenbegriffs" siehe Claudia Schmid, Das Konzept des Rentier-Staates, Münster/Hamburg 1991. Siehe auch die Beiträge von Thomas Bierschenk, Die Golfstaaten: politische Stabilität trotz ökonomischem Wandel sowie Peter Pawelka, Der Irak als "Rentierstaat", in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart 1991, S. 95-142.

48 Siehe hierzu den Überblick von Jürgen Rüland/Nikolaus Werz, Mehr Chancen für Demokratie in der Dritten Welt?, in: Peter J. Opitz (Hrsg.), Grundprobleme der Entwicklungsländer, München 1991, S. 245-266.